

## *Geschichtlicher Abriss, Uranerzbergbau im Raum Aue*

### 1945

27.01. 1945

Das Oberste Verteidigungskomitee der UdSSR beschließt, die Ursache über die Grenzen des eigenen Landes hinaus auszudehnen.

11.02.1945

Der britische Premierminister Churchill, der US-Präsident Roosevelt und der sowjetische Generalissimus Stalin verhandeln in Jalta über die Aufteilung der Besatzungszonen Deutschlands.

16.04.1945

Amerikanische Truppen rücken in die erzgebirgischen Städte Aue, Hartenstein und Löbnitz ein.

08.05.1945

Sowjetische Truppen besetzen die sächsischen Städte Annaberg, Chemnitz und Marienberg.

Juni 1945

Generaloberst Serov, Stellvertreter des sowjetischen Innenministers und Geheimdienstchefs Berija, werden alle sowjetischen Geologen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zur Uransuche unterstellt.

10.06.1945

US-Präsident Truman gibt den Befehl zum Rückzug der amerikanischen Armeen aus Thüringen und Sachsen.

11.06.1945

Sowjetische Truppen rücken in Aue und Schneeberg ein.

Herbst 1945

Erkundungsarbeiten auf Uran durch die sowjetische Militäradministration im gesamten Erzgebirge mit Schwerpunkten in den alten Silberbergbaugebieten

August 1945

Eine Gruppe sowjetischer Geologen beginnt mit der Untersuchung von Uranlagerstätten auf der böhmischen Seite des Erzgebirges.

14.09.1945

Ein erster Bericht wird an das Oberste Verteidigungskomitee der UdSSR gesandt.

26.09.1945

Oberst S. P. Aleksandrov, bislang verantwortlich für die sowjetische Uranerkennung in Bulgarien, nunmehr Leiter der sowjetischen Geologenexpedition in Deutschland, trifft mit Sondereinheiten des Geheimdienstes NKWD in Sachsen ein.

September 1945

Die ersten deutschen Bergleute, darunter der Obersteiger der Sachsenerz Bergwerks AG in Freiberg, Johannes Schmidt, werden von den Besatzungsbehörden zur Uranerkundung verpflichtet und unterstützen die Arbeiten beim Aufschließen alter Gruben.

Herbst 1945

Schmidt wird von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) in Berlin-Karlshorst als Berater in Fragen der Urangewinnung hinzugezogen.

01.10.1945

Dr. Adolf Krebs, Leiter des Radium-Instituts in Oberschlema, wird von den Sowjets verhaftet und in Moskau mehrere Monate lang verhört. 1946 nach Oberschlema zurückgekehrt, geht er nach Frankfurt (Main) und im folgenden Jahr in die USA. Dort arbeitet er für amerikanische Dienststellen; später erhält er einen Lehrstuhl für Biologie, dann für Radiologie an der Universität von Louisville.

21.11.1945

Der Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen informiert sich über die Aufschlussarbeiten in Oberschlema.

## 1946

17.01.1946

Der gemeinsame Alliierte Kontrollrat für Deutschland erlässt den **Befehl Nr. 3**, der die Zwangszuweisung von Arbeitsplätzen an Arbeitslose für die Dauer von sechs Monaten oder länger erlaubt.

Januar 1946

Betriebsteile der Sachsenerz Bergwerks AG bei Johannegeorgenschadt werden von sowjetischen Militäreinheiten beschlagnahmt. Hier entsteht später das **Objekt Nr. 1** der neu gegründeten SAG Wismut.

Frühjahr 1946

An der Bergakademie Freiburg werden Büros des sowjetischen Volkskommissariats für Rüstung eröffnet.

Beginn der Sumpfungs- und Aufwältigungsarbeiten in alten Silberstollen und Schächten; Aufnahme der ersten Uranerzgewinnungsarbeiten in Annaberg, Schneeberg, Oberschlema und Johannegeorgenstadt

Zwangsverpflichtungen von Arbeitskräften

22.04.1946

Der Alliierte Kontrollrat erlässt mit der **Direktive Nr. 22** ein Betriebsrätegesetz für ganz Deutschland.

April 1946

In Johannegeorgenstadt wird der erste Uran für die Wismut AG abgebaut.

Mai 1946

Die Leiter der Lager für Umsiedler und Arbeitsämter in Sachsen werden verpflichtet, Arbeitskräfte in „großer Zahl“ in das Bergbaurevier Aue zu schicken. Die Besatzungsbehörden erteilen kleinen Privatbetrieben in Schneeberg den Auftrag, nach Uran zu suchen.

31.05.1946

Die SMAD ordnet die Schließung des Radium-Instituts in Oberschlema an.

14.06.1946

In Halle (Saale) kommt es zur Gründung der (sowjetischen) Industriegewerkschaft Bergbau.

August 1946

Der erste Abbau von Uranerzen beginnt in Oberschlema.

01.09.1946

Der erst für Bergarbeiter abgeschlossene Tarifvertrag findet keine Anwendung auf die Betriebe der Wismut Aktiengesellschaft.

September 1946

Nach der Beschlagnahme von Gruben in Schneeberg durch sowjetische Militäreinheiten entsteht dort später das *Wismut-Objekt Nr. 3*.

Herbst 1946

„Sonntagsschichten“ werden im Revier von Johanngeorgenstadt eingeführt. Prof. Dr. Friedrich Schumacher, Direktor des Geologischen Instituts der Bergakademie Freiberg, wird von den Besatzungsbehörden beauftragt, bis zum Jahresende ein Gutachten über die Uranvorkommen im Erzgebirge zu erstellen.

Oktober 1946

Der Leiter der Bergbau-Verwaltung der sowjetischen Geologischen Erkundungsexpedition erhält den Befehl zur Bildung von Bergbauverwaltungen in Sachsen.

13.11.1946

Das Sekretariat des Landesvorstandes der SED in Sachsen bildet einen Sonderausschuss Erzbergbau.

## 1947

15.02.1947

Die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland beauftragt den früheren Oberleutnant und Adjutanten des Generalfeldmarschalls Rommel mit dem Aufbau einer Bergpolizei mit dem zentralen Sitz in Aue.

20.02.1947

Die IG Bergbau entsendet einen Sonderbeauftragten für Erzbergbau nach Aue.

Frühjahr 1947

Ein leistungsbezogenes Entlohnungssystem wird für den Uranbergbau eingeführt. Der Sonderausschuss Erzbergbau des Landesvorstandes Sachsen der SED wird nach Aue verlegt. In Bärenstein beginnt der Uranbergbau. Dort arbeiten auch Privatbetriebe. Die Gruben des Marienberger Reviers werden von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt.

01.03.1947

Die Präsidentin des Landesarbeitsamtes Sachsen hält sich zu Beratungen in Aue auf.

15.04.1947

Ein Brief des Landesvorstandes Sachsen des (sowjetzonalen) Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) an die „russischen Gewerkschaften“ informiert über „Übelstände im Erzbergbau im Kreis Aue“. Er enthält zahlreiche Forderungen an die sowjetische Generaldirektion der Wismut AG zu Verbesserung der Lage.

26.04.1947

Generalmajor Michail M. Malcev, Generaldirektor der Wismut AG, empfängt erstmals eine deutsche Gewerkschaftsdelegation und sichert Verbesserungen zu.

01.05.1947

Malcev delegiert einen Steiger als Gewerkschaftsfunktionär in das Amt für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen, Außenstelle Aue. Für das Revier Johanngeorgenstadt wird ebenfalls ein hauptberuflicher Gewerkschafter eingesetzt.

08.05.1947

Die sächsische Landesregierung erlässt ein Gesetz zur Enteignung aller privaten Bergbauunternehmen.

26.05.1947

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland ordnet mit dem Befehl Nr. 128 die „Übernahme einer Reihe deutscher Bergbau-Betriebe in das Eigentum des UdSSR auf Reparationsrechnung“ an.

Ende Mai 1947

Der Direktor der Hygienischen Untersuchungsanstalt Dresden warnt in einem Gutachten den sächsischen Landtag eindringlich vor den gesundheitlichen Gefahren des Uranbergbaus.

30.05.1947

Der **Befehl Nr. 131** der Sowjetischen Militärverwaltung in Sachsen schreibt nochmals die Überführung der sächsischen Bergverwaltungen in sowjetische Regie fest.

03.06.1947

Malcev erlässt den **Befehl Nr. 115**, mit dem wichtige Forderungen der deutschen Gewerkschafter erfüllt werden.

Sommer 1947

Bei der Wismut AG finden die letzten freien Betriebsratswahlen statt. Malcev fordert den Landesverband Sachsen des FDGB auf, Berichte über die Zustände im Uranbergbau weder in der Presse zuzulassen noch in Versammlungen zu diskutieren.

02.07.1947

Eintragung der sowjetischen Aktiengesellschaft „**WISMUT**“ ins Handelsregister beim Amtsgericht in Aue; Ziel des Unternehmens: die Gewinnung von Buntmetallerzen

03.07.1947

Zu einer Zusammenkunft des sächsischen Landesarbeitsamtes werden sämtliche Bürgermeister der Bergbaustädte, Behördenvertreter, Betriebsräte und Bergleute nach Aue geladen.

17.07.1947

Der Landesverband Sachsen der SED beschließt, wegen der Situation im Bergbau den Parteivorstand anzurufen.

Juni 1947

Die Besatzungsbehörden erlauben die Wiederaufnahme des Kurbetriebes in Oberschlema, der jedoch bald darauf ganz eingestellt wird. Der Ministerrat der UdSSR beschließt den offiziellen Beginn des Uranbergbaus im Erzgebirge.

01.08.1947

Die SMAD erlässt einen geheimen Befehl zur Stellung von 20.000 Arbeitskräften für den Erzbergbau.

05.08.1947

Die sächsische Landesregierung verhängt mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Uranbergbaus eine Zuzugssperre für Umsiedler in die Kreise Aue, Marienberg und Annaberg.

12.08.1947

Der Parteivorstand der SED befasst sich mit den sozialen Missständen im Uranbergbau.

28.08.1947

Die sowjetische Militärverwaltung in Sachsen befiehlt dem sächsischen Ministerpräsidenten Seydewitz, die Kurunternehmen in Oberschlema an die Wismut AG zu verpachten.

Herbst 1947

Auf Befehl der Direktion der SAG Wismut kommt es zur Auflösung der frei gewählten Betriebsräte.

13.09.1947

In einer Presseerklärung behauptet Wilhelm Pieck, zusammen mit Otto Grotewohl Vorsitzender der SED, nichts über Zwangsverpflichtungen für den Erzbergbau zu wissen.

10.10.1947

Otto Grotewohl ordnet die Gewährung von Prämien und Auszeichnungen für Beschäftigte der Wismut AG an.

## 1948

28.02.1948

Die sächsische Landesregierung führt Gespräche mit der Wismut AG wegen der Aussiedlung von Personen aus den Regionen des Uranbergbaus, die „nicht unmittelbar mit dem Wirtschaftsprozess verknüpft sind“. Das Schneeberger Wohnungsamt hält für „tauschlustige Personen oder Familien“ Wohnungsangebote in anderen Räumen der Sowjetischen Besatzungszone bereit.

Frühjahr 1948

Bildung von Gewinnungsobjekten, die aus Geheimhaltungsgründen numeriert werden: z. B. Johannegeorgenstadt (1), Oberschlema (2), Schneeberg (3), Annaberg (4), Marienberg (5), Schneckenstein Zobes (Vogtl.; 6), Bärenstein/Niederschlag (7), Breitenbrunn (8), Aue (9)

23.04.1948

Führungskräfte der Wismut AG beraten mit Vertretern des Verteidigungsministeriums der UdSSR in Aue.

30.05.1948

Der sächsische Ministerpräsident Seydewitz zeichnet Delegierte der Wismut AG mit Ferienreisen aus.

Juni 1948

Die Deutsche Verwaltung des Innern erläßt eine Richtlinie „über die Fahndung nach flüchtigen Bergarbeitern der zentralen Bergwerksverwaltung in Aue/Sachsen“.

09.09.1948

Belegschaftsmitglieder der Wismut AG bitten den sächsischen Ministerpräsidenten in einem Brief, für sie reservierte Plätze in Kureinrichtungen einzurichten.

25.09.1948

In den Kreis Aue dürfen nur noch solche Arbeitskräfte vermittelt werden, die nicht geschlechtskrank sind.

10.10.1948

Grotewohl spricht auf einer Kundgebung vor mehr als 4.500 Bergarbeitern in Aue.

21.11.1948

Seydewitz leitet eine Beratung über Fragen des Wohnungsbaus im Kreis Aue, mit dem bald darauf begonnen wird.

## 1949

17.04.1949

Im Klubhaus „Fortschritt“ in Schneeberg findet eine Konferenz zur Gründung einer Kreisorganisation der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ statt.

26.06.1949

Der Vorsitzende der SED-Kreisleitung II Aue ruft alle Parteimitglieder auf, an einem „Henecke-Sonntag“ besonders hohe Schichtleistungen zu erbringen.

27.06.1949

Ein Aufruf an Einwohner in Aue appelliert zur Mitarbeit am Wohnungsbauprojekt für Bergarbeiter.

15.07.1949

Die Leitungen der SED und ihrer Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen werden aufgefordert, Parteimitglieder in den Uranbergbau zu delegieren.

29.08.1949

Die Sowjetunion zündet bei Semipalatinsk ihre erste Atombombe.

September 1949

Die Bergpolizei wird auf der Grundlage eines Vertrages zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und der sächsischen Landespolizeibehörde reorganisiert.

11.10.1949

In Berlin dankt Grotwohl bei einem Fackelzug den Angehörigen der FDJ der Wismut AG für ihre besonderen Leistungen.

## 1950

01.03.1950

Klaus Fuchs wird in London wegen Atomspionage für die Sowjetunion zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt.

01.04.1950

Die gesonderte „Reviergruppe Wismut“ wird aus der zentralen IG Bergbau ausgegliedert.

04.06.1950

Der Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes bildet eine gesonderte Industriegewerkschaft Wismut.

11.06.1950

Der sächsische Arbeitsminister übergibt den Wismut-Bergleuten ein Sanatorium in Niederschlema.

17.06.1950

Der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulrich, der sächsische Ministerpräsident Seydewitz und Generaldirektor Malcev nehmen an der Delegierten Konferenz der SED Wismut Aue teil.

27.07.1950

Das Politbüro der SED beschließt Maßnahmen zur Verbesserung im Uranbergbau.

17.09.1950

In Zwickau wird erstmals unter Teilnahme von Wilhelm Pieck der „Tag der Bergarbeiter“ festlich begangen.

15.10.1950

Der Chefredakteur des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ wird zur Wismut AG strafversetzt. Kurt Bartel (KuBa) textet das „Wismut-Lied“.

## 1951

28.01.1951

Die Zentrale Kampfplankonferenz AG Wismut beschließt den Bau von „Kulturpalästen“.

18.03.1951

Die Betriebssportgruppe „Zentra Wismut Aue“ steigt in die Fußball-Oberliga auf.

21.03.1951

Wismut-Bergleute stürmen eine Polizeiwache in Schneeberg.

28.06.1951

Der Ministerrat der DDR beschließt soziale Verbesserungen für Bergarbeiter.

30.06.1951

Grotwohl zeichnet 30 „Verdiente Bergleute“ aus. Bergleute der Wismut AG werden als Bürgermeister in Johannegeorgenstadt und Oberschlema eingesetzt.

16.08.1951

In Saalfeld kommt es zu einem Aufruhr unter der Wismut Belegschaft.

Herbst 1951

Die Räumung der Altstadt von Johannegeorgenstadt wird vorbereitet.

November 1951

Das SED-Politbüro beschließt sowohl umfangreiche soziale Verbesserungen für die Beschäftigten im Uranbergbau als auch repressive Maßnahmen.

15.12.1951

Ulbricht spricht auf der V. Gebietsdelegierten-Konferenz der SED Wismut Aue.

18.12.1951

Der Ministerrat der DDR gibt umfangreiche Mittel für den Wismut-Wohnungsbau frei.

1951/52 Aufnahme von Gewinnungsarbeiten in den sedimentären Lagerstätten Ostthüringens (Raum Ronneburg) als *Objekt 90*

## 1952

ab 1952

Abriss der Altstadt von Johanngeorgenstadt wegen falscher Erkundungsarbeiten und Führung der Bergarbeiten (Raubbau), beendet etwa 1954. Ab Ende 1952/Anfang 1953 Beginn des Abrisses im Kurbereich Oberschlema bis ins Silberbachtal; Abriss des letzten Hauses am 28.07.1957

Februar 1952

Auf einem Treffen der Generaldirektion der Wismut AG mit Ulbricht und Vertretern des FDGB sowie der sächsischen Landesregierung werden sozialpolitische Vergünstigungen für die Wismut-Bergleute, insbesondere der Bau neuer Wohnungen, beschlossen.

März 1952

Zur Durchführung der Beschlüsse kommt es zur Bildung des „Sonderbaustabes Erzbergbau“. In den Kreisen des Uranbergbaus kommt es zu ersten politisch motivierten Zwangsaussiedlungen.

Frühjahr 1952

Die Zahl der Entlassungen übersteigt bei der Wismut AG erstmals die Zahl der Einstellungen.

Juni 1952

Die Zentralverwaltung der IG Wismut beschließt die Erweiterung des betriebseigenen Verkaufsstellennetzes.

08.08.1952

Der 1. Sekretär der SED Wismut wird Abgeordneter des Bezirkstages in Chemnitz.

## 1953

Frühjahr 1953

Bei der Wismut AG kommt es zu einer neuen Entlassungswelle.

22.04.1953

Wismut-Kraftfahrer streiken in Katzendorf.

15.06.1953

Einwohner von Johanngeorgenstadt protestieren gegen die Pläne zur Räumung und Abriss ihrer Häuser.

17.06.1953

Volksaufstand in der gesamten DDR.

Juli 1953

Mindestens 51 Wismut-Kumpel werden in Zusammenhang mit der Streikbewegung verhaftet.

22.08.1953

Die Regierungen der UdSSR und der DDR schließen ein Abkommen über die Umwandlung der bisherigen sowjetischen Wismut AG in die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut.

05.11.1953

Eine Gewerkschaftsdelegation der Wismut AG reist in die Sowjetunion.

November 1953

Grotwohl besucht Oberschlema.

Dezember 1953

Die Wismut AG wird aufgelöst.

## 1954

Januar 1954

Bildung der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft "WISMUT" (SDAG); Abschluss der Uranerzlieferungen als Reparationszahlungen an die UdSSR. Bestimmender Partner auf allen Gebieten bleibt Sowjetunion

01.01.1954

Fritz Selbmann, Minister für Schwerindustrie, wird zum Vorsitzenden des Vorstandes der neu geschaffenen Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut ernannt.

09.10.1954

Der sowjetische Außenminister Molotow befährt den Wismut Schacht 227

1954

Beginn der Teufe des Rundschachtes 366 mit 7 m Ø in Aue-Alberoda; Beginn der Ausrichtung des Lagerstättenteiles Niederschlema- Alberoda: Voraussetzung für die Bergarbeiten bis 1990

## 1955

19.02.1955

Der 1. Sekretär der SED Wismut nimmt eine Parade der Betriebs-Kampfgruppen ab.

April 1955

Das Zentralkomitee der SED würdigt die Pionierrolle der Wismut-Beschäftigten bei der Festsetzung neuer Arbeitsnormen.

01.05.1955

Kurt Bartels verfasst sein Gedicht: „Maigruß an die 6.000 Brigaden des Erzbergbaus“.

16.07.1955

Ein Grubenbrand im Blindschacht 208 b in Niederschlema fordert 33 Tote.

22.07.1955

In Karl-Marx-Stadt, dem Sitz der Hauptverwaltung der SDAG Wismut, findet ein Staatstrauerakt statt.

## 1956

Beginn der Teufe des Schachtes 371 - Zweiter Rundschacht im nordöstlichen Grubenfeld Niederschlema-Alberoda und mehrerer Wetterschächte.

Dezember 1956

Erstmals wird ein deutscher Bergmann Leiter eines „Schachtes“ der Wismut AG.

## 1955-63

Auslaufen des Uranerzbergbaues in Marienberg, Annaberg, Johanngeorgenstadt und im Vogtland; Expansion des Bergbaues im Thüringer Becken nach NO

### 1963/64

Beginn des Aufbaues und der Ausrichtung der Lagerstätte Königstein in der Sächsischen Schweiz.

### März 1965

Erstmals Wetterkühlung im Objekt 9 Aue

### Herbst 1967

Beginn einer Stollenauffahrung in Pöhla Ziel: Untersuchung der Skarnlagerstätten am Schwarzenberger Granit

### Jan. 1968

Umstrukturierung der WISMUT analog der Kombinate der DDR Objekte werden Bergbaubetriebe, Bildung von Fachbereichen und Grubenbereichen

### Ende 60er

Mit einer Belegschaft von etwa 12 000 Mann und einer Jahresproduktion von 5 000 t Uran ist der Bergbaubetrieb 9 in Aue größter Uranproduzent der SDAG WISMUT.

### ab 1970

Umfangreiche Erweiterung des Thüringer Abbaugebietes bis in den Bezirk Leipzig hinein (Beerwalde, Drosen, Korbusen).

August 1970

Beginn der Trennung des Hauers vom Bohrhammer: Einführung des ersten sowjetischen Bohrwagens, abgeschlossen um 1975 mit dem Einsatz von Bohrwagen aus der Wismutentwicklung.

Anfang 70er

Umstellung auf gleislose Technik im Thüringer und Königsteiner Abbau und bei Großkammernauffahrungen

### 1972

Genereller Einsatz von Grubenwetterkühlern ab Sohle -1170 m - der Energiebedarf mit Wetterkühlung und Bewetterung steigt auf mehr als 50 MW installierte Leistung (= 0,5 % des Energiebedarfs der DDR) im Bergbaubetrieb Aue.

### 1973

Beginn der Auffahrung der Sohle -1620 m, der bis dahin tiefsten Sohle im Uranerzbergbau

### 1973/76

Durchführung umfangreicher Zinnerkundungsarbeiten im Betriebsabschnitt Pöhla (Auffahrung der Zinnkammern) in der Lagerstätte Hämmerlein, Untersuchung der ehemaligen Eisenerzgrube Globenstein auf Zinn- und Wolframvorkommen.

1975

Teufe von zwei 480 m tiefen Blindschächten in Pöhla

## 14. Jan 1986

Im Lagerstättenbereich Niederschlema-Hartenstein-Alberoda erreicht der Blindschacht 383 IIIb die Sohle -1800 m (entspricht 1825 m unter Rasenbank Schacht 371) und damit die seinerzeit größte aufgeschlossene Teufe in Europa.

## 2. Jan 1988

Beginn der Auffahrung der Sohle -1800 m

## 1989

Anfang 1989

Es sickern Gerüchte durch, dass die UdSSR aufgrund gravierender wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihre Uranimporte reduzieren will.

April 1989

Veröffentlichung eines Ministerratsbeschlusses der DDR: WISMUT soll weitgehend verkleinert und Betriebe, wie z. B. Beerwalde ganz eingestellt werden. Im Bergbaubetrieb Aue sollten bis 1993 etwa 3 000 Betriebsangehörige in die volkseigene Industrie wechseln.

## Ab 1990

Die Sowjetunion verzichtet auf weitere Uranimporte - der Industriezweig WISMUT steht vor dem Aus.

Mitte 1990

Beginn der Auflösung der WISMUT: eigene Sparten wie Bauwesen, Maschinenbau und andere werden mit dem Ziel der späteren Privatisierung gebildet. Die Bergbaubetriebe werden zu Sanierungsbetrieben umgebildet, die die Hinterlassenschaft der WISMUT aufarbeiten werden.

1. März 1991

Letzter Förderwagen mit Erz verlässt den Schacht 371. Auf der Sohle -540 m des Schachtes 371 wird ein Besucherbergwerk eingerichtet.

Juni 1991

Einstellung der Erzförderung in Pöhla. Im Querschlag 2 und im Zinnkomplex entsteht ein weiteres Besucherbergwerk

Dezember 1996

Das Besucherbergwerk auf dem Schacht 371 wird nachdem über 50.000 Besucher eingefahren waren geschlossen, das Flutungswasser erreichte die damalige Wettersohle -546-m

1998

Aufgrund einer mit der Wismut geschlossenen Vereinbarung und der Zustimmung durch das Bergamt Chemnitz übernimmt der Bezirksverein West erzgebirge im RDB e.V. (Ring Deutscher Bergingenieure), das Besucherbergwerk Pöhla für Bergwerksführungen an arbeitsfreien Zeiten.

1999

Nachdem das öffentliche Interesse an einem weiteren Besucherbergwerk innerhalb der Lagerstätte Schlema-Alberoda groß wurde, erfolgte durch Wismut der Antrag für den Schacht 15IIb in Oberschlema, wiederum mit der Maßgabe die Bergwerksführungen in die fähigen Hände des RDB's zu übergeben.